

Kurz berichtet

Kretschmann mahnt Balkanstaaten, den Blick nach vorne zu richten

SARAJEVO (tja) - Zum Abschluss seiner Reise durch drei Westbalkanstaaten hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Freitag eine positive Bilanz gezogen. In seinen Gesprächen mit Regierungschefs und Ministern habe er sowohl in Serbien als auch in Kroatien und Bosnien-Herzegowina große Bereitschaft gespürt, sich für ein friedliches Europa zu engagieren.



Winfried Kretschmann FOTO: DPA

Kretschmann war mit einer rund 100-köpfigen Delegation aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur seit Montag in der Region unterwegs. Zu Beginn hatte Kretschmann betont, Europa müsse sich um den Westbalkan bemühen: „Die EU muss sich hier engagieren, damit nicht andere einen Spaltkeil

in Europa treiben können.“ China und Russland investierten in der Region und verbänden wirtschaftlichen mit politischem Einfluss.

Allerdings müssten Serbien und Bosnien-Herzegowina etwa in puncto Rechtsstaatlichkeit oder Korruptionsbekämpfung noch Reformen umsetzen. „Es ist klipp und klar: Die EU wird nur Staaten aufnehmen, die alle Kriterien erfüllen“, so Kretschmann.

Allerdings mahnte Kretschmann auch: „In der Region wird zu viel in den Rückspiegel geschaut statt nach vorne“. Der Bürgerkrieg und die daraus entstandenen Verwerfungen zwischen den einzelnen Volksgruppen spielen in aktuellen politischen Fragen oft noch eine zu große Rolle.

Strobl übergibt Bescheide für Breitbandförderung

STUTTGART (sz) - Landesinnen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl (CDU) hat am Freitag 59 Breitbandförderbescheide in Höhe von 15,4 Millionen Euro übergeben. 24 Landkreise hätten im Jahr 2018 bereits von der Förderung durch Landesmittel profitiert, insgesamt seien 33,7 Millionen Euro geflossen, bilanzierte Strobl. Vier von fünf Haushalten im Land seien bereits mit Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde versorgt. Die Versorgung mit schnellem Internet ist grundsätzlich Aufgabe der privaten Telekommunikationsunternehmen. Dort, wo private Telekommunikationsanbieter nicht investieren, springt der Staat über die kommunale Breitbandförderung ein - die das Land Baden-Württemberg unterstützt.

Zwei Milliarden Euro Schaden nach Tunnel-Panne

RASTATT (lsw) - Der Einbruch der Bahn-Tunnelbaustelle in Rastatt und die folgende Sperrung der Rheintalbahn haben nach einer Studie einen Schaden von mehr als zwei Milliarden Euro verursacht. Die wichtige Nord-Süd-Verbindung musste vom 12. August bis zum 2. Oktober vergangenen Jahres gesperrt werden, nachdem Wasser und Erdreich in den Tunnel der Neubaustrecke unterhalb der bestehenden Bahnlinie eingedrungen waren. Der Studie zufolge entfällt mit 969 Millionen Euro der größte Teil der Verluste auf Unternehmen der Schienenlogistik. Bei Verladen und produzierenden Unternehmen belaufe sich der Schaden auf 771 Millionen Euro. Weitere 308 Millionen fallen unter sonstige Wertschöpfungsverluste.

Sicherheitskonzept für Sigmaringen trägt Früchte

HECHINGEN (lsw) - Nach dem Start des neuen Sicherheitskonzeptes für Sigmaringen haben Polizei und Staatsanwaltschaft eine erste positive Bilanz gezogen. Weil sich die Straftaten rund um den Sigmaringer Bahnhof häuften, waren dort die Kontrollen verschärft und eine spezielle Ermittlungsgruppe eingesetzt worden. Diese konzentrierte sich auf Flüchtlinge, die bereits mehrfach auffällig geworden sind. Die Bilanz: Bisher seien 21 Haftbefehle gegen verdächtige Flüchtlinge wegen Diebstählen und Drogedelikten ergangen, wie die Staatsanwaltschaft Hechingen am Freitag mitteilte.

Lebenslange Haft wegen Doppelmordes

FREIBURG (lsw) - Nach einem Messerangriff mit zwei Toten in Teningen bei Freiburg ist ein 53 Jahre alter Mann zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Das Landgericht Freiburg stellte am Freitag zudem die besondere Schwere der Schuld fest. Damit ist eine vorzeitige Freilassung nach 15 Jahren Haft Gerichtsangaben zufolge nahezu ausgeschlossen. Der Angeklagte hatte zugegeben, im Juli vergangenen Jahres in Teningen (Kreis Emmendingen) seine 39 Jahre alte frühere Lebensgefährtin und den gemeinsamen vier Jahre alten Sohn mit Messerstichen getötet zu haben. Der Attacke war laut dem Gericht ein Trennungsstreit vorausgegangen.



Bislang können Gemeinschaftsschüler nicht sitzen bleiben. FOTO: DPA

Koalition streitet um Notenvergabe

Grüne sind gegen CDU-Pläne für Zensuren und Sitzenbleiben an Gemeinschaftsschulen

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Der Wangener CDU-Abgeordnete Raimund Haser plädiert für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschule. „Ich will, dass man darüber nachdenkt, ob es sinnvoll ist, Lehrern Instrumente aus der Hand zu schlagen, die sie mitunter brauchen“, sagte er der „Schwäbischen Zeitung“. Lehrer sollten die Möglichkeit bekommen, Kindern Noten zu geben und sie eine Klassenstufe wiederholen zu lassen. Bislang gibt es in der Gemeinschaftsschule kein Sitzenbleiben. Die Grünen halten von seinem Vorstoß nichts.

Er stehe zur Gemeinschaftsschule, seine Partei rede die junge Schularbeit auch nicht schlecht, betont Haser - und wehrt sich damit gegen Vorwürfe, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die SPD und auch der grüne Koalitionspartner erheben. „Dort, wo es alle Schularten an einem Ort gibt, merken wir, dass die Gemeinschaftsschule nicht den Sog hat, wie es im Parlament immer heißt.“

Die „mäßige Akzeptanz“ der 2012 eingeführten Schularbeit erklärt er sich anders: „Mit einer Schule ohne Noten haben ganz viele Eltern Schwierigkeiten“, sagt Haser, der für die CDU-Fraktion Berichterstatter für die Gemeinschaftsschule ist. „Gera-

de auf dem Land ist das nicht vermittelbar.“ An Gemeinschaftsschulen bekommen Schüler ihre Leistung in ausführlichen Lernentwicklungsberichten rückgemeldet. Auf Antrag der Eltern können Lehrer auch Noten vergeben.

Haser fordert: Auch Lehrer sollen entscheiden dürfen, ob sie einem Schüler Noten geben. „Ich kenne Lehrer, die das schon ganz pragmatisch vor Ort tun“, so Haser. Durch Noten würden manche Schüler und auch ihre Eltern besser verstehen, wie es um die Leistungen steht. „Eine Schule, die ausschließlich auf intrinsische Motivation setzt, halte ich für einen Fehler“, sagt Haser. „Wir haben es dort auch mit pubertierenden Jugendlichen zu tun, die manchmal den Weg des geringsten Widerstands gehen. Und die müssen wir mitunter an die Hand nehmen.“

„Unqualifizierte Kommentare“

Für Haser ist deshalb klar: „Es muss auch Sanktionen geben. Wenn jemand das Klassenziel nicht erreicht, muss man dem Schüler sagen können: Dann wirst du nicht versetzt.“ Die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Sandra Boser, erteilt Hasers Vorstoß eine klare Absage. „Wer als Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen nur altes Schubladendenken hervorkramt,

hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt“, erklärt sie und wirft Haser vor, „unqualifizierte Kommentare von der Seitenlinie abzugeben“.

Fortbildungen wichtiger als Noten

Bei der Mehrheit der Eltern seien Noten gar nicht gewünscht. Die Gemeinschaftsschulen arbeiteten mit einem enghemmaschten Entwicklungsmonitoring und regelmäßigen Leistungskontrollen. „Die ausführlichen Rückmeldungen geben Schülern und Eltern ein viel differenzierteres Bild des Lernstands als jede Ziffernote“, so Boser. Viel wichtiger sei ihrer Meinung nach der Fokus auf ein modernes Fortbildungsmanagement, eine datengestützte Schulentwicklung und die Arbeit in multiprofessionellen Teams.

Auch die Heidelberger Bildungsforscherin Anne Sliwka hält nichts von Noten. „Wir brauchen Zeugnisse, die differenzierter sind als Noten“, sagt sie. Wichtiger sei, dem Schüler zurückzumelden, wo er noch Defizite habe. Wichtig ist ihr dabei das Wort „noch“. Zu häufig würden Schüler mit ihren Defiziten alleingelassen, weil eine Kompetenz, etwa Bruchrechnen, abgefragt würde. Nach der Klassenarbeit gehe es aber weiter zum nächsten Thema, ohne dass der Schüler sein Defizit aufgeholt habe.

Einen Schüler eine Klasse wiederholen zu lassen, sei nicht zielführend, sagt Sliwka mit Verweis auf Studien. „Das ist stigmatisierend und führt nicht unbedingt zu besseren Ergebnissen.“ Vielmehr sollten die Kompetenzen der Kinder erhoben und bei Bedarf verpflichtende Förderangebote angeboten werden. Sie spricht sich daher gegen Vergleichsarbeiten am Ende eines Schuljahres aus - solche Arbeiten hatte jüngst die CDU gefordert. Effizienter sei eine Lernstandserhebung am Anfang eines Schuljahres. „Der Lehrer, der die Daten bekommt, kann dann auch selbst mit den Schülern an Verbesserungen arbeiten“, sagt sie.

Lehrer wieder mit stärkerer Rolle

Studien zeigten, dass Lehrer dazu tendieren, Arbeiten zu manipulieren, wenn diese am Schuljahresende geschrieben werden. Schließlich will keiner für schlechte Ergebnisse verantwortlich sein.

Reformbedarf an den Gemeinschaftsschulen sieht die Bildungswissenschaftlerin indes beim individuellen Lernen der Kinder, wie es das Konzept der Schularbeit vorsieht. „International ist die Lehrerrolle wieder eine ganz starke.“ Die meisten Länder seien wieder davon abgekommen, Kinder alleine an Arbeitsblättern arbeiten zu lassen.

Nachgefragt

„Wir würden keine Arbeit einsparen“

Justizminister Guido Wolf erklärt, warum er gegen die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ist

BERLIN - Ein Gesetzentwurf von Grünen und Linken im Bundestag hat die Debatte über die Rückstufung des Schwarzfahrens zur Ordnungswidrigkeit wieder aufs Tapet gebracht. Andreas Herholz sprach darüber mit Justizminister Guido Wolf (CDU).

Herr Wolf, auch Nordrhein-Westfalen will dafür sorgen, dass Schwarzfahren in Bus und Bahn künftig keine Straftat mehr ist. Was spricht dagegen?

Durch das Schwarzfahren entsteht ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden. Jedem ist klar: Wer in eine Bahn steigt, braucht eine Fahrkarte. Ich finde, dass wir an dieser Stelle unsere Rechtsordnung klar durchsetzen sollten. Deshalb ist die Einordnung als Straftat angezeigt. Zudem glaube ich nicht, dass eine Herabstufung zur Ordnungswidrigkeit tatsächlich Ressourcen spart. Zunächst würde der Aufwand auf die Verwaltungsbehörden verlagert. Und auch bei Ordnungswidrigkeiten besteht eine Einspruchsmöglichkeit, die den Vorgang wieder zu den Staatsanwaltschaften und vor die Gerichte bringt. Wir würden Arbeit nur verlagern, nicht einsparen.

Befürworter argumentieren, dass die Justiz entlastet und immense Kosten eingespart würden, weil notorische Schwarzfahrer nicht mehr im Gefängnis landen würden. Warum überzeugt Sie das nicht?

Das überzeugt mich überhaupt nicht und ich halte das für ein völlig falsches Signal. Wir können doch nicht strafwürdiges Verhalten entkriminalisieren, nur um damit Staatsanwaltschaften und Gerichten Arbeit zu ersparen. Wenn wir damit anfangen, dann werden von denen, die nicht bereit sind, die Justiz angemessen

auszustatten, stets neue Vorschläge kommen, um weitere Straftaten abzuschaffen. Das wäre ein Freifahrtsschein, um Justiz nach Kassenlage zu betreiben. Wenn bei den Strafverfolgungsbehörden Ressourcen fehlen, müssen wir, wie wir das in Baden-Württemberg gerade tun, dort das Personal aufstocken und nicht kriminelle Verhaltensweisen legalisieren.

Aber müsste dann Schwarzfahren nicht konsequenter geahndet werden? Sind die Verkehrsbetriebe hier stärker gefordert?

Gerade um das Schwarzfahren konsequent zu ahnden, sollten wir aus meiner Sicht den Straftatbestand beibehalten. Was die Verkehrsbetriebe betrifft: Viele betreiben durch Kontrollen in Bussen und Bahnen bereits einen beachtlichen Aufwand. Man kann sich schon fragen, ob es überhaupt möglich ist, mehr als 100 000 Zugangsstellen im Land mit Kontrollmöglichkeiten zu versehen. Und selbst wenn dies möglich ist, sehe ich das Risiko, dass dadurch die Fahrpreise steigen. Und das wiederum würden am Ende wieder alle Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs bezahlen.



Justizminister Guido Wolf (CDU). FOTO: CHRISTOPH SCHMIDT

Straftatbestand bleibt

Schwarzfahrer in Bussen und Bahnen werden vorerst wohl weiter als Straftäter verfolgt. Im Bundestag zeichnete sich am Freitag keine Mehrheit für die Forderung von Linken und Grünen ab, das Fahren ohne Fahrschein nicht als Straftat zu behandeln, sondern allenfalls als Ordnungswidrigkeit. Der CDU-Abgeordnete Ingmar Jung erklärte, Schwarzfahren sei „in hohem Maße unsolidarisch und insofern auch verurteilungswürdig“. Niema Movassat von der Linken kritisierte, anders als das Schwarzfahren werde Falschparken nur als Ordnungswidrigkeit bestraft, obwohl beiden in etwa „der gleiche Unrechtsgehalt“ zugrunde liege. Die Debatte über eine Straffreiheit von Schwarzfahrern ist nicht neu. Auch der Deutsche Richterbund hatte dafür plädiert, das Schwarzfahren als Straftatbestand zu überprüfen. (dpa)

ANZEIGE

TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

TEASI Fahrradcomputer „Core“, schwarz

Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4118984
4087348
4035237

Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 25.04. anrufen oder mailen: 0751 2955-5555

Mo. bis Fr. von 7 bis 18 Uhr, Sa. von 8 bis 12 Uhr
lesertreue@schwaebische.de

Schwäbische Zeitung

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Wöchentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)

Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller

Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser

Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippa Cataldo; Beilagen/Wochenende: Dirk Uthenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf

Redaktion Berlin: Sabine Lenartz

Regionalsprecher Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler

Karlstraße 16, 88212 Ravensburg

Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499

Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139

Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm

Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hüfer

Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt

Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann

Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555

Telefax: 0751 / 29 555 556

E-Mail: aboservice@schwaebische.de

E-Mail: redaktion@schwaebische.de